

Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 15. Mai 2007

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Informationen zur Erstellung der ELR-Leitplan-Konzeption für den Ortskern Hüffenhardt
3. Straßen- und Wegeunterhaltung 2007
4. Beschaffung neuer Computer für die Gemeindeverwaltung
5. Beschaffung einer mobilen Lautsprecheranlage
6. Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes zum 1. September 2008
7. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung vom 17. April 2007
8. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
9. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Die anwesenden Einwohner haben keine Fragen.

zu Punkt 2

Bürgermeister Herberich begrüßt Dipl.-Ing. (FH) Bruno Kuk vom Ingenieurbüro für Kommunalplanung, Mosbach.

Dieser informiert mit einer Powerpoint Präsentation über das beabsichtigte Vorgehen zur Erstellung der ELR-Leitplan-Konzeption und deren Inhalte. Herr Kuk führt aus, daß sich Hüffenhardt zu einer der glücklichen Gemeinden zählen kann, die die Konzeption mit 80% bezuschußt bekommt. Daß die Anstrengungen in den nächsten Jahren fortgeführt werden müssen, stehe außer Frage; sonst drohe die Verwaisung des Ortskerns. Die Weiterentwicklung des Ortskerns könne allerdings nur funktionieren, wenn alle an einem Strang ziehen. Deshalb erhofft man sich, mit dem neuen Leitplankonzept Möglichkeiten aufzuzeigen, um wieder mehr junge Leute in den Ortsmittelpunkt zu bekommen.

Genügend Potential für eine attraktive Gestaltung ist vorhanden. Bis Ende des Jahres soll die Konzepterstellung abgeschlossen sein, sodaß dann mit der mittel- bis langfristigen Planung der Ortskernsanieung begonnen werden kann. Bürgermeister Herberich dankt Herrn Kuk für die interessante Darstellung und hofft auf eine gute Mit- und Zusammenarbeit seitens der Einwohner.

zu Punkt 3

Bauhofleiter Hahn erläutert anhand von Folien die geplanten Arbeitsschwerpunkte in Hüffenhardt und Kälbertshausen.

Dieses Jahr konzentrieren sich die Arbeiten wieder auf die Sanierung von Rissen und Ausbesserungsarbeiten im Asphalt und auf Schotterfeldwegen. Die zum Teil sehr stark ausgespülten und durch schwere Fahrzeuge verursachten Absenkungen der Feldwege müssen gerichtet werden, ebenso sind in der Lesingstraße der rechte Straßenrand auszubessern und der Gehweg zwischen Hausnummer 4 und 8 neu anzulegen.

Bei den Gemeindestraßen müssen einige im Winter neu entstandene Risse saniert, bereits vorhandene kontrolliert und gegebenenfalls wieder verfügt werden. Rund 20 Schächte stehen zur Sanierung an. Im Haushalt sind insgesamt 28.000 € für die Straßen- und Wegeunterhaltung eingestellt; die beiden Ansätze sind gegenseitig deckungsfähig, so daß flexibel gehandelt werden kann. Herr Hahn holt Angebote bei Fachfirmen ein; die Auftragsvergabe wird an den günstigsten Bieter erfolgen. Das Gremium ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

zu Punkt 4

Bei der Gemeindeverwaltung wurde im Jahr 1999 mit der Beschaffung einer EDV-Anlage ein Netzwerk unter dem Betriebssystem Windows-NT eingerichtet.

Die Anlage hat zwischenzeitlich nicht nur beim Server, dieser mußte bereits vor zwei Jahren neu beschafft werden, sondern auch bei den PC-Arbeitsplatz-Stationen die Leistungsgrenze erreicht.

Nach nunmehr acht Jahren, im EDV-Bereich ein bereits biblisches Alter, ist die Ersatzbeschaffung unumgänglich, da ein effektives Arbeiten nicht mehr möglich ist. Damit ist auch eine Umstellung auf eine aktuelle Office-Programmversion vorgesehen. Ein weiteres Upgrade auf Windows Vista soll zu gegebener Zeit erfolgen; im Moment liegt noch keine Freigabe durch das Rechenzentrum vor.

Entsprechend den Anforderungen der Verwaltung und nach den Vorgaben des Rechenzentrums wurden Preisfragen für die Geräte durchgeführt. Benötigt werden insgesamt sieben Computer; fünf PCs und zwei mobile Computer (Notebooks).

Aus dieser Preisfrage liegen drei wertbare Angebote vor. Das billigste Angebot konnte nicht in die Wertung miteinbezogen werden, da die vorgegebene Spezifikation nicht eingehalten wurde.

Nach sachlicher und rechnerischer Prüfung hat die Fa. Heinrich IT - Service GmbH, Heilbronn, mit 5.566,86 € das günstigste Angebot abgegeben. Die Zusammenstellung der Bieter ist als Anlage 1 beigelegt.

Zu den vorgenannten Hardwarekosten kommen noch Kosten für die neue Software hinzu. Diese belaufen sich nach dem vorliegenden Angebot der Firma PC-Ware, Leipzig (mit dieser Firma besteht ein Rahmenvertrag über den deutschen Städte- und Gemeindebund) auf rund 2.000 Euro.

Aus dem Gremium kommt der Vorschlag, sich für die Notebooks nach dem Preis einer „Docking Station“ zu erkundigen. Sind die Kosten im angemessenen Rahmen, solle so eine Station noch zusätzlich bestellt werden.

Der Bürgermeister empfiehlt, den Auftrag für die Hardware an den günstigsten Bieter, der Firma Heinrich IT GmbH, zu vergeben. Die von der Heinrich IT- Service GmbH angebotenen Komponenten entsprechen den vorgegebenen Anforderungen. Bereits bei der Serverbeschaffung vor zwei Jahren war die Firma Heinrich IT der preisgünstigste Anbieter.

Für die Beschaffung sind im Haushaltsplan 7.000 Euro eingestellt; insoweit entsteht eine überplanmäßige Ausgabe von rd. 1.000 €.

Beschluß

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Beschaffung der Computer und der Software entsprechend den eingeholten Angeboten bei der Firma Heinrich IT Service GmbH, Heilbronn, bzw. der Firma PC-Ware, Leipzig.

Die überplanmäßige Ausgabe wird genehmigt.

- einstimmig -

zu Punkt 5

Bereits im Sommer 2005 wurde von zwei Bürgern die Anschaffung einer mobilen Lautsprecheranlage für den Friedhof angeregt.

Diese erklärten sich auch bereit dafür selbst zu spenden und um Spenden zu werben. Eine von der Gemeinde initiierte Spendensammlung ergab eine Spendensumme von insgesamt 1.000 Euro; weitere

Spenden gingen bis dato nicht ein. Auch deshalb wurde die Angelegenheit seitdem von der Verwaltung nicht mit oberster Priorität verfolgt. Nunmehr soll die Beschaffung jedoch durchgeführt

werden. Eine solche Anlage könnte auch für weitere gemeindliche Aktivitäten unter freiem Himmel eingesetzt werden.

Es wurde eine Preisfrage über eine einfache mobile Anlage mit Regenschutz und, alternativ, eine wetterfeste Anlage bei ansässigen Firmen durchgeführt.

Zwei Angebote mit Alternativen wurden eingereicht; eines davon war bereits am 19.07.2005 ohne Aufforderung zugesandt worden und wurde nun entsprechend den Anforderungen modifiziert. Die vorgelegten Angebote für eine einfache Anlage mit Regenschutz bewegen sich im Preisrahmen von 950,93 € bis 1.256,64 €. Für eine wetterfeste Anlage ist - je nach Ausstattungsvariante - mit Kosten von ca. 3.200 € zu rechnen.

Günstigster Anbieter ist die Firma Dietrich Sicherheitstechnik GmbH. Die wetterfeste Anlage kann probeweise, auch mit unterschiedlicher Ausstattung, als Leihgerät zur Verfügung gestellt werden. Entspricht die Anlage den Vorstellungen der Gemeinde, solle der Auftrag an die Fa. Dietrich Sicherheitstechnik vergeben werden. Trotz des enormen Kostenunterschieds empfiehlt der Bürgermeister die Anschaffung einer wetterfesten Anlage. Herr Karl-Heinz Sigmann hat mit seinem technischen Sachverstand die Anfragen und die Wertung unterstützt, wofür ihm ein herzliches Dankeschön gilt.

Die nicht durch Spenden gedeckten Kosten müßten als außerplanmäßige Ausgabe finanziert werden, wobei die Deckung gesichert ist.

Beschluß

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Beschaffung einer mobilen wetterfesten Lautsprecheranlage im beschriebenen Rahmen. Die außerplanmäßige Ausgabe wird genehmigt.

- einstimmig -

zu Punkt 6

Ein Auszubildender zum Verwaltungsfachangestellten beendet zum 31. August 2008 seine Ausbildung in der Verwaltung. Für die neue Auszubildende beginnt dann am 1. September 2008 das zweite Ausbildungsjahr. Damit ist wieder Kapazität für einen Ausbildungsplatz zur/zum Verwaltungsfachangestellten vorhanden.

Angesichts der Wichtigkeit der öffentlichen Hand als Ausbilder schlägt die Verwaltung vor, im kommenden Jahr wieder eine Ausbildungsstelle zur/zum Verwaltungsfachangestellte/n anzubieten.

Folgende direkte Kosten werden für die Ausbildungsstelle zur/zum Verwaltungsfachangestellten voraussichtlich entstehen:

Im Jahr 2008 à 3.700 Euro,

im Jahr 2009 à 11.000 Euro,

im Jahr 2010 à 11.800 Euro

im Jahr 2011 à 7.800 Euro.

Insgesamt werden **Kosten in Höhe von ca. 34.300 Euro** entstehen.

Außerdem sollte bei Bedarf ein Praktikumsplatz für einen Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes bereitgestellt werden. Da die Praktikumszeit im Rahmen der Ausbildungsreform zwischenzeitlich auf 6 Monate, von denen ein Monat einem Einführungslehrgang vorbehalten ist, verkürzt wurde, ist die Bereitstellung zusätzlich zur Ausbildung eines Verwaltungsfachangestellten möglich.

Beschluß

Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes zur/zum Verwaltungsfachangestellten zum 1. September 2008 zu.

Ferner wird die Verwaltung ermächtigt, einen Praktikumsplatz für einen Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes bereitzustellen.

- einstimmig -

zu Punkt 7

Aus der nichtöffentlichen Sitzung am 17. April 2007 gibt der Bürgermeister folgenden Beschluß bekannt:

Das Einvernehmen zur Festsetzung der Dreijahres-Abschußplanung wurde gemäß den forstlichen Gutachten erteilt. Die Abschußpläne lagen im Rathaus zur Einsichtnahme offen aus, jedoch hat niemand davon Gebrauch gemacht. Mittlerweile wurden die Pläne an das Landratsamt als Untere Jagdbehörde zur amtlichen Bestätigung weitergeleitet.

zu Punkt 8

Bürgermeister Herberich teilt Folgendes mit:

∅ Die von der Gemeinde verpachteten Holzlagerplätze im Gewerbegebiet Gänsgarten sorgen bei den Anwohnern im Dienernweg für Aufregung, und es wurden Beschwerden u. a. wegen Lärmbelästigung sowie Verschmutzungen vorgebracht.

Bei einem Vor-Ort Termin ist eine Kompromißlösung vorstellbar, die die Nutzung der Plätze reguliert. So darf künftig nur Holz aus dem Gemeindewald gelagert werden und die Anlieferung von Polterholz lang wird untersagt; das Holz muß bereits auf 1 Meter Länge gesägt sein.

Samstags darf nur noch bis 16 Uhr gesägt werden. Auch müssen die Zufahrtsstraßen nach An- und Abtransport gereinigt werden.

Nachdem mittlerweile eine Reihe komplett verpachtet ist, sollen die nächsten Holzlagerplätze mehr in Richtung Gewerbegebiet Gänsgarten ausgewiesen werden, damit mehr Abstand zu den Anwohnern vorhanden ist. Ebenso sollen die ersten Plätze, direkt an der Straße, grundsätzlich frei bleiben, um einen größeren Abstand zur Bebauung zu schaffen. Die Regelungen sollen vertraglich vereinbart werden; die bestehenden Pachtverträge werden entsprechend geändert.

Als Alternative zur dortigen Holzlagerung könne man sich mittelfristig die Erddeponie oder den alten Reitplatz vorstellen. Dies wird von der Verwaltung geprüft.

∅ Anfang Mai wurden seitens der SWEG kurzerhand verschiedene Zugverbindungen gestrichen und durch Busse ersetzt. So auch auf der Bahnstrecke zwischen Hüffenhardt und Neckarbischofsheim. Die davon betroffenen Gemeinden unterrichtete man auf den letzten Drücker, sodaß eine fristgerechte Information der Bürger durch das Mitteilungsblatt nicht mehr überall möglich gewesen ist. Seitens der Gemeinde wurde dagegen protestiert. Ende Juni wird nun ein Gespräch über die Zukunft der Bahnstrecke stattfinden.

∅ Am Tag der Sitzung fand an der Hüttigsmühle ein Vor-Ort Termin wegen der dortigen Fahrbahnabsenkung und Schäden im Scheunenbereich statt. Das Straßenbauamt prüft die Möglichkeiten zur Instandsetzung. Wegen der halbseitigen Sperrung, die auch weiterhin andauert, besteht dort eine erhebliche Gefahr für die Verkehrsteilnehmer. Deshalb wurde vorgeschlagen, eine Ampel aufzustellen. Dies wird seitens des Gremiums zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ø Seit der Fertigstellung des Jugendhauses wird von der Jugend der Wunsch nach einem Grillplatz geäußert. Als möglicher Standort ist der Bereich zwischen Jugendhaus und Vereinsraum vorgesehen. Eine solche Grillstelle diene dann sowohl der Jugend als auch allen Vereinsraumnutzern (MGV, DRK, FWK, HSV); allerdings soll kein öffentlicher Grillplatz entstehen. Mit den Vereinen soll über den Bau eines Grillplatzes gesprochen werden.

Ø Für die Fahrt nach Máriakálnok vom 7.-10. Juni haben sich rund 80 Personen angemeldet; ca. 70 fahren mit dem Bus. Von den Fahrtteilnehmern soll ein Betrag von 50,- € pro Person erhoben werden; den Rest trägt die Gemeinde. Kinder und Jugendliche ohne eigenes Einkommen sowie am offiziellen Programm beteiligte Vereinsaktive sollen - auch künftig - kostenlos fahren.

Ø Zum Schluß dieses Tagesordnungspunktes teilt er dem Gremium verschiedene Termine mit.

zu Punkt 9

Auch am Ende der Sitzung haben die Anwesenden keine Fragen.